

Dezernent Schwarz beschrieb, dass die derzeitige Vorlage der Eckpunkte zum Wertstoffgesetz dem Rhein-Sieg-Kreis Sorge bereite, da jegliche Wertstoffsammlung an die Dualen Systeme übergehen solle. Durch das angedachte Wertstoffgesetz würden kommunale Entsorger in Schwierigkeiten gebracht. Er bat um politische Unterstützung hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung der kommunalen Aspekte innerhalb des Wertstoffgesetzes.

Abg. Kuhlmann bat um Auskunft, ob Zahlen über verlorene Wertstoffmengen vorlägen, falls das Gesetz so wie geplant verabschiedet würde und welche Auswirkungen dies auf die Abfallgebühr habe.

Frau Decking erklärte, keine Zahlen vorliegen zu haben. Da die Wertstofftonne sich derzeit noch nicht selber trage, seien die Unkosten dann von den Dualen Systemen zu tragen. Allerdings würde es finanzielle Einbußen für die RSAG durch den Wegfall des Gewinnes durch die Metallsammlung geben. Die Sammlung solle weiter durch die RSAG erfolgen, die Wertstoffe seien dann aber an die Dualen Systeme abzugeben. Hinsichtlich der entstehenden Kosten und der fehlenden Einnahmen würden Gespräche zwischen RSAG und den Dualen Systemen notwendig. Es sei auch für die Bürger schwer zu unterscheiden, welche Müllentsorgung von Seiten der RSAG durchgeführt und was über die Dualen Systeme abgewickelt werde. Dies werde vom Bürger vermischt und bei Problemen zunächst ausschließlich der RSAG zugeschrieben. Dies könne insgesamt zu einer erhöhten Kundenunzufriedenheit führen. Dabei stütze sie sich auf Erfahrungswerte, die bei der Verpackungssammlung durch die Dualen Systeme mithilfe des Gelben Sackes erhoben worden seien und die Kundenzufriedenheit nach Umstellung auf die Wertstofftonne von Seiten der RSAG.

Auf die Nachfrage des Abg. Albrecht führte Frau Decking aus, dass sich die Dualen Systeme auf Landesebene derzeit schon in einer zentralen Stelle zusammen fänden. Dies würde von Seiten der RSAG kritisch gesehen, da dort weitreichende Befugnisse angesiedelt werden sollen und die Besetzung hauptsächlich über die Wirtschaft erfolgen solle. Die Kommunalen Träger sollen lediglich eine Stimme erhalten. Sie sehe die Notwendigkeit zur Einrichtung einer unabhängigen Behörde ohne Beteiligung der Wirtschaft.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese schloss den Punkt mit der Bitte, die Anregungen des Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen und in den politischen Gremien aktiv zu werden.